Nachspeise

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **69 (1990)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

serviert von Rosa Berner

Mein Grossvater behauptete immer, Bauern und Wirte seien die Weltmeister im Jammern. Das stimmt nicht mehr. Die meisten Wirtschaftsvertreter im National- und Ständerat haben das Parlament längst mit einer Klagemauer verwechselt.

Diese traurigen Liedermacher klagen über den angeblich ungünstig gewordenen Industriestandort Schweiz. Schuld daran seien die zu hohen Steuern. Der Finanzplatz Schweiz gehe an der Sturheit von Finanzminister Otto Stich zugrunde, weil dieser nicht einsehe, wie sehr die Stempelsteuer dessen Attraktivität mindere. Und schliesslich sei das Lohnniveau viel zu hoch, um mit der europäischen oder gar mit der weltweiten Konkurrenz noch mithalten zu können.

Wenn ich FDP-Nationalrat Heinz Allenspach vom Schweizerischen Arbeitgeberverband, CVP-Ständerat Markus Kündig vom Schweizerischen Gewerbeverband oder SVP-Nationalrat Walter Frey vom Toyota-Autokonzern über die angeblich ungünstigen ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen stöhnen höre, wird mir klar, dass diese Herrschaften den schweizerischen Werkplatz opfern würden, wenn sie ihre eigenen Klagelieder glauben müssten. Aber diese politischen Märchenerzähler aus Zürich und Zug wissen, dass ihre Storys den Lackmustest nie bestehen würden. Die Schweiz gehört nämlich zu den erfolgreichsten Wirtschaftsnationen. Diese Behauptung lässt sich am BIP ablesen.

BIP = Bruttoinlandprodukt; das heisst: Das BIP ist das Total der nationalen Buchhaltung, ist die Summe allen Produzierens, Konsumierens, Spekulierens, Fluchtgeldverschiebens, Geldwaschens usw. Gemäss der OECD-Statistik ist das Pro-Kopf-Wachstum des BIP in der Schweiz von 1970 bis 1988 um das Achtfache gewachsen. Das Pro-Kopf-BIP beträgt in der Schweiz 27'500 Dollar und liegt daher deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 16'800 Dollar. Zur OECD gehören alle westeuropäischen Länder, die USA, Kanada und Japan.

In der Zeit von 1970 bis 1988 war das BIP-Wachstum nur in Japan höher als in der Schweiz. Das heisst: Die schweizerische Wirtschaft steht in der OECD-Hitparade auf dem zweiten Platz punkto Wachstum, auf dem ersten Platz punkto BIP. Und da krächzen bürgerliche Nebelkrähen permanent den Singsong vom Niedergang der schweizerischen Wirtschaft.

Der Feldzug "Weniger Staat und mehr Freiheit", der kalte Krieg gegen Radio und Fernsehen DRS, die zunehmenden Drohgesten, die SPS wegen Nichtwohlverhaltens bei nächster Gelegenheit aus dem Bundesrat katapultieren zu wollen, verfolgen ein Ziel: Noch mehr private Macht. Den Bürgerlichen genügt es noch nicht, dass 2 Prozent der Steuerpflichtigen gleichviel Vermögen besitzen wie die "übrigen" 98 Prozent oder dass etwa 10 Prozent über den grössten Teil an Boden und Liegenschaften verfügen. Sie wollen alles besitzen.

Deshalb müssen wir mehr auf den Putz hauen. Die SPS im Blick auf die eidgenössischen Wahlen 1991, die Gewerkschaften am Verhandlungstisch mit den Unternehmern.

Stellt euch vor, die wollen immer mehr, und die Mehrheit des Schweizervolks macht nicht mit.